

Bezugspreise.

Die halbe monatlich bei zweimonatlicher Aufstellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mark, durch die Post 22.50 Mark, auswärts Aufschlag. Bestellungen werden an allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungsverzeichnis unter Scale-Zeitung eingetragen. Für unregelmäßig eingehengene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe, Scale-Zeitung gestattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1418, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418, 1.7411, der Bezugs-Abt. Nr. 11333.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen No 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenvermittler. Erfüllungsort: Halle. Erchein täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Brunnstraße 1a. Dr. Bruns, Dr. Lieben-Geschäftsstellen: Große Meißnerstr. 32 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Nr. 315.

Halle, Freitag, den 9. Juli 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Neue kritische Zuspitzung in Spa.

Die Entente diktiert — Sechs Monate Frist zur Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann — Sofortige Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei verlangt — Dr. Simons lehnt das Diktat ab — Vertagung der Verhandlung auf Freitag.

Der vierte Verhandlungstag der Schicksalskonferenz.

Gewißspoligkeit ist immer noch Mangel. Wenn man die Ansicht des Reichstages, die Politik meistens will, muß man die Gefühle häufig zu Hause lassen. Das hat unseren Unterhändlern in Spa auch Lloyd George mit unmissverständlicher Deutlichkeit gezeigt, indem er betonte, daß die Mitglieder der Konferenz Geschäftsleute seien, Menschen, die viel zu tun hätten und zusammengekommen seien, um eine Regelung zu treffen. Kurz, klar, sachlich will man verhandeln. Deshalb war auch der sentimentale Unterton in Fehrenbachs Ausführungen verfehlt. Man will verhandeln wie Geschäftsleute es gewohnt sind, und man hat keine Lust, es weiter mit dem alten Diplomatenstich zu halten, wozu die Worte dazu da seien, die Gedanken zu verbergen. Es mag bei dieser Art etwas rauhebeinig zugehen, aber das eine ist sicher, daß man auf diesem Wege schneller zu einer sicheren Grundlage für ein Zusammenarbeiten in der Zukunft kommt, als es geheißen würde, wenn man sich gegenseitig mit diplomatischen Spitzfindigkeiten füttert. Ein Teil der deutschen Presse spekuliert für diese allseitige und kein Verständnis zu haben und schimpft über Lloyd Georges Grobheit. Es sind meist demagogische Blätter, die das tun. Gerade diese sollten doch aber, wenn Konsequenz ihre Stärke wäre, heifßend sein, daß der englische Staatsmann ein rücksichtsloses Hinstreben auf Präzisierung bestimmter Vorklässe die Lage beherrschend läßt, statt daß man um die Dinge herumgeht, wie die Käse um den heißen Brei. So wissen wir wenigstens, was unsere Gegner am meisten beunruhigt, und woraus das Mißtrauen entstanden ist, das uns manchmal recht rätselhaft erscheint. Man hat in ganz bestimmter Absicht die Frage der Entwaffnung als ersten Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt, denn man ist gewohntens darüber informiert, wie die Dinge in Deutschland liegen. Man weiß, daß sich bei uns noch große Mengen von Waffen in Privatbesitz befinden und glaubt aus dem Umstand, daß es der Regierung noch nicht möglich war, diese Waffen in die Hand zu bekommen, den Schluss ziehen zu müssen, daß die Regierung hier nicht energisch genug vorgeht, weil sie für ihre Revanche die Möglichkeit haben will, das stehende Heer schnell durch ein Volksaufgebot wie 1813 auf eine erfolgversprechende Stärke zu bringen. Die Angst vor unserer Revanche hat gerade in der letzten Zeit fast krankhafte Formen bei unseren Gegnern angenommen. Wie tief sie wurzelt, hat sich heute noch, am vierten Verhandlungstag in Spa gezeigt. Nachdem unsere Vertreter gestern alle Mühe gegeben haben, die Alliierten von unserem ehrlichen Willen, zur Erfüllung des Möglichen zu überzeugen und davon, daß man uns nicht die Waffe zur Ermöglichung der Waffenauslieferung aus der Hand nehmen dürfe, indem man uns zu einem überflüssigen Waffenschatz der Reichswehr nötigt, hat es die heute vormittag unterzeichnete Kommission zur Beratung der deutschen Vorklässe, nicht erlaubt, diese anzunehmen. Es ist nur eine etwas verlängerte Frist — statt drei sechs Monate — bewilligt worden, um die Reichswehr von 200 000 auf 100 000 Mann zu verringern. Und auch dieser geringe Erfolg, wenn man von einem solchen überhaupt sprechen kann, ist wie uns eine eigene Drahtmeldung mitteilt, nur dem Eingreifen des italienischen Ministers, Grafen Forza, zu danken, denn es gelang, die allergrößten Bedenken Rods zu zerstreuen, und der darauf hinwies, daß es nicht im Interesse Europas liege, neue Unruhen in Deutschland heraufzubeschwören.

Wenn Lloyd George die Sachlichkeit selbst zu sein scheint, so scheint seine Energie doch nicht so weit gereicht zu haben, daß sein Kompannon sich sich zu gleicher Sachlichkeit aufschwingen vermag. Dieser läßt sich, wie es scheint, immer noch vom Gefühl leiten und hat auch seinen französischen Staatsmann neben sich, der ihm im Interesse Europas eines Besseren belehren könnte.

Als unseren Vertretern in der heutigen Nachmittagssitzung dieser Entschluß mitgeteilt wurde, taten sie, was nach Lage der Dinge das einzig richtige war. Sie erklärten, daß sie diese Entscheidung nicht anerkennen könnten, da sie nicht ein Abkommen unter verhandelnden Parteien darstelle. Dieser Ablehnung gegenüber verlor auch Lloyd George seine Sachlichkeits und versuchte es, sich zum Volkstreuer des Diktatorwillens zu machen. Minister

Dr. Simons ließ sich aber dadurch nicht beeinflussen, so daß die Verhandlung abgebrochen werden mußte. So ist ein neuer kritischer Moment entstanden. Er braucht noch nicht zur Katastrophe sich zu heben, ist dennoch aber nicht leicht zu negieren. Die Weigerung unserer Unterhändler sollte den Gegnern ein Beweis dafür sein, daß nur es mit den Verhandlungen ernst meinen und keinesfalls etwas annehmen, von dessen Undurchführbarkeit wir von vornherein überzeugt sein müssen. Auch von unserer Seite wird Präzision, Richtigkeit und Sachlichkeit zur Grundlage des Handelns genommen und darum können wir gar nicht anders im Interesse Gesamt-Europas, als es unsere Unterhändler heute getan haben. Offenlich lassen das auch die, die sich so gern als „Herren der Welt“ anpreisen lassen.

Der Sitzungsbericht.

Spa, 8. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 14 Uhr am Schloße de la Freineuse eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit, daß Deutschland, sofern es sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreite, für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist von sechs Monaten zugestimmt werden sei. Die Herabsetzung des Heeres habe in zwei Raten, bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000 Mann und bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann, stattzufinden.

Minister Dr. Simons betonte, daß eine so befristete Fristverlängerung eine einseitige Aufgabe der Entente darstellen würde und nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien.

Lloyd George erwiderte, daß die Alliierten darauf beständen, daß wir das Programm mit diesen Abmachungen annehmen.

Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simons, daß wir das nicht tun könnten, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben.

Die Konferenz wurde darauf um 5 Uhr auf Freitag vor mittag 11 Uhr vertagt.

Die Mitglieder der deutschen Delegation sind sofort nach Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

Weitere Meldungen.

Spa, 8. Juli. Der Vorsitzende der Konferenz de la Croix erklärte, die Danziger Frage solle nicht mit den Deutschen, sondern lediglich unter den Alliierten besprochen werden.

Amsterdam, 8. Juli. Der Korrespondent der „Times“ in Spa meldet seinem Blatte, daß die Konferenz wahrscheinlich am Sonntag beendet sein werde. Die französische Delegation habe ihre Absicht auf Sonntag abend festgestellt. Es sei davon die Rede, daß verschiedene Kommissionen ernannt werden sollen, in denen auch Deutschland vertreten sein soll, um die Einzelheiten der Fragen der Entwaffnung, der Kohlenlieferungen und der Wiedergutmachung zu besprechen, während die allgemeine Konferenz Ende Juli in Döden wieder aufgenommen werden soll.

Paris, 8. Juli. Willard erklärte dem Spaer Berichtserfasser des „Antantiquaire“, er glaube, die Dinge würden jetzt ziemlich rasch verlaufen, und man werde in Spa nur die großen Linien der Schlusskonferenz festlegen. Einzelheiten würden nachher kommen. Man würde aber nicht absehen, bevor man nicht die Hauptpunkte der Tagesordnung erledigt habe und bevor nicht die Deutschen darüber ein Protokoll unterzeichnet hätten.

Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) In Entente-freien glaubt man, daß die deutschen Delegierten auf der Konferenz von Spa folgendes Programm vertreten werden: Als Entschädigungsumme werden ferner wirtschaftliche Zusammenarbeit beim Abtransport der zerstörten Gebiete, Bekämpfung aller Vergehen gegen die Kriegsgesetze, Revision der Vertragsbestimmungen über Offensiven. Weiter verläutet, daß Frankreich die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission mit dem Sitz in Berlin vorschlagen werde, in der Deutschland gleichberechtigt vertreten sein sollte. Die Kommission würde den Auftrag haben, den Zinsendienst der beschlagnahmten internationalen Anleihe und im Zusammenhang damit Deutschlands Staatseinnahmen zu überwachen.

Paris, 8. Juli. Im Laufe der gestrigen Aussprache über die befreiten Gebiete in der Kammer erklärte der vormalige Minister Loucheur, es habe sich die Legende gebildet, daß es möglich gewesen wäre, sofort nach Deutschland 10 oder 15 Milliarden zu erlangen. Man hätte Papiergeld nehmen können, mit dem man die Deputierten-Kongresse hätte finanzieren können, anstatt dessen aber habe man mögliche Lieferungen von Deutschland ins Auge gefaßt. Wenn andere Werte vorhanden wären, hätte man sie genommen. Loucheur protestierte sodann unter dem lebhaftesten Beifall des Hauses gegen die Erklärung der englischen Delegierten auf der Konferenz von Spa, daß Frankreich die Schäden in den betroffenen Gebieten überbreite. Er sagte, daß bereits in Spa den Witkollidern der englischen Regierung mitgeteilt worden sei, daß nach der Sprache die vertriebenen 10 bis 20 Milliarden festzulegen ausmachen und sich der Schaden auf 30 Milliarden festzulegen bei einem Gesamtanationalvermögen von 300 Milliarden. 125 bis 130 Milliarden seien das Mindestmaß, das Frankreich haben müßte, um das Land wieder instand zu setzen und den Witwen und Kriegesbeschädigten zu helfen.

Preussischer Landtag.

150. Sitzung. Donnerstag, 8. Juli, 12 Uhr mittags. Die erste Sitzung des Staatshaushalts für 1920 wird fortgesetzt.

Hg. Ludwig (L. E.): Unsere Delegierten in Spa haben bisher bei den dortigen Verhandlungen nicht gut abgeschnitten. In der Entwaffnungsfrage hätten sie gegen die Welt und sich wahrhaftig nicht mühen. Dazu wäre feillich ein gewisser Mut und den lassen unsere Unterhändler vermischen. Wir erziehen die Entwaffnung, damit endlich einmal mit der allgemeinen Abrüstung ein Anfang gemacht wird. Herr Braun hat sich gestern auf den Außenminister Simons und dessen Ausfall gegen die Polen bezogen und unterirdisch die Forderung nach Repressalien. Wir missbilligen diese provokatorische Form der Abwehr durchs. Es ist unwar, daß sich Zehntausende von Gewehren und Maschinengewehren in der Händen der Unabhängigen und Kommunisten befinden. Was der Staat im Innern zur Bekämpfung der Lage tut, ist ganz unzureichend. Die Gemeinden müßten das Recht erhalten, Zwangsquartierungen in noch größerem Umfang vorzunehmen als bisher. Im Ruhrgebiet haben die Arbeiter in gerechter Abwehr zu den Waffen gegriffen.

Hg. Stenel (D. V.): Ich schäme mich, daß es in Deutschland einen Mann gibt, der in diesen schweren Stunden solche Ausfälle gegen die Reichsregierung macht wie der Vordredner. (Unruhe bei den L. E.) Unerschört ist es, wie der Minister hässlich in der Presse gegen das Warburger Urteil Stellung nahm, indem er von feigem Meuchelmord sprach. (Beifall bei den R. E.) Gegen die Strafen sind wir nicht beschalt, weil sie Jüden sind, sondern weil wir zuerst überhaupt keine Einwanderer brauchen können. Ohne die Zuwanderung aus dem Ausland gäbe es in Berlin keine Wohnungsnot. (Mißbilligung links.) Bezüglich der Landratsnennungen können auch wir das Verhalten der Regierung nicht billigen.

Minister Hönig: Vor sechs unlangt ernannten Kreisinspektoren gehören allein vier der Deutschen Volkspartei an. Von dem, was ich bezüglich des Warburger Prozesses geschrieben habe, nehme ich kein Wort zurück. (Großer Lärm rechts.)

Handelsminister Hübner: Bei der Zusammenlegung des Reichswirtschaftsrats war auf die Regionalinteressen nicht genügend Rücksicht genommen, es war daher meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die linksrheinische Industrie und Städte nachdrücklich eine Vertretung erhielt.

Hg. Spreng (R. R.): Unsere Vertreter in Spa müssen ein geschlossenes Volt hinter sich haben. Ihre Stellung wird aber durch die Unabhängigen sehr erschwert (sehr richtig), mußte doch einem ihrer Anhänger, der den Erlaß zur Sicherheitswehr durch englische Soldaten forderte, der englische Oberkommandant selbst erwidern: „Sie sollten sich schämen“, er hätte für solche Entschlossenheit kein Verständnis.“ (Beifalliges Hört, hört.) Bezüglich der Landräte erwarten auch wir, daß nur Leute mit genügender Vorbildung ernannt werden. Genümsleute wurden während des alten Regimes so wie zu Landräten ernannt. Eine völlige Aufhebung der Zwangsquartierungen ist nicht möglich, solange Krieg und Nachkrieg nicht die Wege halten. (Sehr richtig.) Die Regierung sollte endlich die Staatsanwaltschaft energigehem einschreiten gegen den Mörder anhalten. (Beifalliges Zustimmung.) Auch ich halte es für sehr bedenklich, wenn ein Minister in ein schwedenes Gerichtsverfahren eingreift, wie es Herr Hönig getan hat. Die Besprechung schließt.

Der Etat geht an den Hausauswusch.

Es folgt die erste Beratung der Mittelfinanzvorlage. Minister Dejer: Der Rentenanzschlag von 346 Mill.





